

Aktivitäten**Chancenlose Rechte****Republikaner und NPD nutzen den Wahlkampf in Berlin für ihre rassistische Propaganda**

Spätestens nach den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft kommt der Wahlkampf in Berlin auf Touren. Gerade in den Ostbezirken Berlins tauchen jetzt verstärkt Wahlplakate der NPD auf. Sie kandidiert zum Abgeordnetenhaus und zu den Kommunalwahlen der Ostbezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Hohenschönhausen, Mitte, Treptow-Köpenick, Pankow und dem Westbezirk Spandau. Die vom Verbot bedrohte Partei will die Berlinwahl noch einmal für ihre Propagandaaktionen nutzen. „Mit der NPD für ein deutsches Berlin“ lautet die Überschrift des NPD-Wählerbriefes, der mit dem Konterfei des Parteivorsitzenden Udo Voigt geschmückt ist. Die Themen sind altbekannt: Kampf gegen Ausländer und Minderheiten, garniert mit Antikommunismus. Das pseudosozialistische Intermezzo des sächsischen NPD-Landesverbands scheint jedenfalls der Vergangenheit anzugehören. „Jahr für Jahr wird der deutsche Tag der Arbeit von Chaoten und Krawallmachern genutzt, offiziell wehen die Regenbogenfahnen (die Fahnen von Schwulen und Lesben) über dem Roten Rathaus. Augenscheinlich wird in dieser Stadt mehr Politik für Randgruppen als für Deutsche gemacht“, heißt es in Voigts Brief. Die „deutsche Reichshauptstadt“ bezeichnet die NPD als Brennpunkt „für die ‘Durchmischung’ und ‘Durchrassung’ des Deutschen Volkes“. Sie will verhindern, „dass gerade unsere mitteldeutschen Landsleute ein zweites Mal durch die in der Führung der PDS vorhandenen unbelehrbaren Neostalinisten missbraucht werden.“

In einer weiteren NPD-Erklärung wird ein Horrorgemälde eines links regierten Berlin aufgebaut. „Gratulation, liebe Berliner. Ihnen stehen offensichtlich ziemlich blutrote Zeiten bevor! Es lebe der Internationalismus, die übertriebene Ausländerliebe und die postkommunistischen Ansichten einer SED-PDS“. Der Regierende Bürgermeister Wowereit wird als „Mensch mit biologisch abnormaler sexueller Neigung“ diffamiert.

In verschiedenen Erklärungen sieht sich die NPD als Opfer undemokratischer Machenschaften. So beklagen sich NPD-Funktionäre in einem Offenen

Brief an den „Talk in Berlin“-Moderator Erich Böhme über das Hausverbot, das sie von der Redaktionsleitung bekamen. Mehr Erfolg hatte die NPD auf einem Stadtteilstadtteil im Berliner Stadtteil Pankow. Dort bekamen gegen den NPD-Stand protestierende Personen Platzverweise. Eine weitere spektakuläre Aktion war eine Mahnwache vor dem Edelrestaurant Langhans. Damit protestierte die NPD gegen die Prominentenaktion „Kochen gegen rechts“.

Als Wahlkampfhöhepunkt gilt der von ihr und dem Lübecker Bündnis Rechts organisierte Aufmarsch am 3. Oktober. Die bundesweite Demonstration steht unter dem Motto „Deutschland ist größer als die BRD“. Mehrere Initiativen, darunter Europa ohne Rassismus und Berliner Geschäftsleute, haben zu Gegenaktionen an dem Tag aufgerufen.

■ „Für ein deutsches Berlin“ ■

Neben der NPD kandidieren noch die Republikaner zur Berliner Abgeordnetenhauswahl. Doch die Partei, die einst in West-Berlin ihre ersten Erfolge feierte, zeigt wenig Initiative. „Zur Zeit sind keine Veranstaltungen in Berlin geplant“, hieß es noch Ende September auf der schlichten mit schwarz-rot-goldenen Bändern verzierten Homepage. In ihrer Propaganda unterscheidet sie sich im Stil wenig von der NPD. So prangt auf der REP-Homepage das Bild einer Moschee neben der Gedächtniskirche mit dem Untertitel: „Erinnerst Du Dich Mehmet, wie alles angefangen hat“. Unter dem Titel „In welchem Land leben wir eigentlich“ schreibt der Landesvorsitzende Konrad Voigt, „Ursache allen Übels ist die Massenarbeitslosigkeit. Verursacht wird sie nicht zuletzt von der seit Jahren anhaltenden Zuwanderung von Ausländern. Wer das nur zu sagen wagt, wird vom Linkskartell und seinen Medienhelfern als Ausländer- und Menschenfeind diffamiert“.

Angeichts der Polarisierung zwischen der CDU und dem rot-grünen Senat sowie der PDS sind wohl keine großen Stimmengewinne der rechten Parteien zu erwarten. Bei den Abgeordnetenhauswahlen vor zwei Jahren hatten die Republikaner 2,7 Prozent (41 816 Wählerstimmen), die NPD 0,8 Prozent (13 024 Stimmen) erzielt.

Markus Roscher, ehemals führendes Mitglied des Bund freier Bürger, Anmelder einer Demonstration gegen das Holocaust-Denkmal, kandidiert jetzt für die CDU in Prenzlauer Berg. *Peter Nowak*

Hintergrund

Rechtspopulist vorn

Aus dem Stand erzielte die Schill-Partei fast 20 Prozent und zog mit 25 Sitzen in die Bürgerschaft ein - DVU und Republikaner mussten gehörig Federn lassen.

Der Rechtsruck in der Hansestadt hat einen Namen: Ronald Barnabas Schill, der wegen seiner harten Urteile bundesweit als „Richter Gnadenlos“ bekannt ist. Seit der Gründung der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) im Sommer letzten Jahres polarisiert der zurzeit beurlaubte Amtsrichter mit gebetsmühlenartig wiederholten Sprüchen der Güteklasse „Hamburg hat ein Herz für Verbrecher“ oder „die Justiz ist zu lasch“. Im Wahlkampf hatte die Schill-Partei nur ein Thema: die innere Sicherheit. Dabei spielte die „Ausländerkriminalität“ eine zentrale Rolle. In seinen Wahlkampfveranstaltungen betonte der eloquente Ex-Strafrichter stets den überdurchschnittlichen Anteil „der Ausländer“ an Straftaten. Bemerkenswert: Im Programm zur Bürgerschaftswahl ist dem Themenkreis „Ausländerkriminalität und Ausländerrecht“ ein eigenes Kapitel gewidmet. Kostprobe: „39,4 Prozent aller Straftäter in Hamburg sind Ausländer. Dabei ist auffällig: Der Anteil des Asylbewerbers unter den ausländischen Bevölkerung betrug nur 2,3 Prozent. Ihr Anteil an den von Ausländern begangenen Straftaten aber 30,5 Prozent – also das 15-fache im Vergleich zum Ausländeranteil.“ Stimmungsmache mit Statistik.

Für Irritationen sorgte die Hamburger „Morgenpost“ einen Tag vor der Wahl, als sie titelte „Schill-Partei: Kandidat Nr. 3 ein Rassist?“. Die ehemalige Kommilitonin Christiane Yüksel warf dem Schill-Mitstreiter Norbert Frühauf vor, sich 1989 in einem Seminar an der Uni Hamburg antisemitisch und ausländerfeindlich geäußert zu haben und untermauerte ihre Behauptung mit einer Eidesstattlichen Versicherung. Der heutige Rechtsanwalt, der den Vorwurf dementierte, soll gesagt haben: „Ich kann Hitler wegen der Juden ja verstehen. Mir selber wird körperlich unwohl, wenn ein Türke vor mir und ein Pole hinter mir im Supermarkt steht.“ Die vermutliche Jugendsünde Frühaufs hat der Partei ebenso wenig geschadet wie das Lob aus der rechtsextremen Ecke. Schill sei endlich einer, der sich weigere, „Ausländer und anti-deutsche Terroristen mit Samthandschuhen anzu-

fassen“ und „linksradike Verbrecher“ nicht für politisches Engagement lobte, sondern sie verurteilte.

Zumindest die aktuellen Sprüche der Schill-Kandidaten zum Thema Kriminalität und die dezent eingestreuten Infos, beispielsweise über den Kostenfaktor Ausländer („30 Prozent der Sozialhilfe in Hamburg werden für Zuwanderer ausgegeben“), kamen beim Hamburger Wahlvolk an. Der Newcomer erhielt 165 118 Stimmen (19,4 Prozent). PRO erzielte die höchsten Stimmenanteile in Stadtteilen mit niedrigem sozialen Status. Dort leben überdurchschnittlich viele Sozialhilfempfänger, Arbeitslose und Geringverdiener und weniger gebildete Schichten. Nur in den Edel-Vierteln Eppendorf und Rotherbaum schafften die Rechtspopulisten weniger als zehn Prozent. Vier von zehn Wählern sind über 60 Jahre alt, nur unterdurchschnittlich sind mit insgesamt 33,7 Prozent die Altersgruppen der bis 44-Jährigen vertreten.

Der Hamburger Politikwissenschaftler Professor Michael Greven taxiert Schills Wähleranteil aus dem rechtsextremen Lager auf sieben bis neun Prozent. Das Rechenexempel des Politologen deckt sich mit dem Stimmenpotenzial, aus dem die Parteien DVU, Republikaner, NPD und der rechtspopulistische Bund Freier Bürger bei der letzten Bürgerschaftswahl schöpfen konnten. Die vier Rechtsausleger holten damals zusammen 8,1 Prozent der Stimmen. Die restliche Wählerschaft von „Richter Gnadenlos“ sei aber nicht rechtsextrem, so Greven. „Die halten seine scharfe Linie aber für richtig.“ Laut infratest dimap hat PRO auch bei Anhängern von CDU, SPD und bei Erst- und vormaligen Nichtwählern im großen Stil Stimmen abgeschöpft.

Die DVU fiel auf 0,7 Prozent (6043 Stimmen) zurück und ist fortan in keiner der sieben Bezirksversammlungen mehr vertreten. Vor vier Jahren war die Partei noch mit 4,98 Prozent haarscharf am Einzug in die Bürgerschaft gescheitert und zog in die Bezirksparlamente von Wandsbek, Mitte, Harburg und Bergedorf mit 13 Abgeordneten ein. Auch die Republikaner verschwanden in der Bedeutungslosigkeit und wurden nur von 574 Hamburgern (0,1 Prozent) gewählt. Das sind 1,7 Prozent weniger als 1997.

Die aus München ferngesteuerte DVU hielt sich im Bezirk Harburg nicht an die von allen Parteien beschlossene Wahlkampfpause nach den Anschlägen in den USA. Bereits einen Tag nach dem Terror ließ sie ein Flugzeug (!) mit der Werbebotschaft aufsteigen: „Wählt DVU!“

Volker Stahl

Hintergrund**Gemeinsamer Feind**

Holocaust-Leugner wollen mit arabischen „Widerstandsbewegungen“ eine strategische Partnerschaft gegen die „Zionisten“ schmieden.

Sofort nach den verheerenden Terroranschlägen in den USA am 11. September sahen sich verschiedene deutsche und amerikanische Rechtsextremisten bemüßigt, zumindestens die mutmaßlichen Motive der Täter wohlwollend zu interpretieren (vgl. BNR 19/01). Die Schuld für den Terror wird den USA selbst beziehungsweise dem „amerikanischen Imperialismus“ angelastet – außerdem, wie es ein Kommentator auf den Seiten von „Templers Reich“ ausdrückt, „tut es den Amis nur zu gut mal einen in den Arsch getreten zu bekommen“.

Wie schwierig es in diesen Tagen ist, herkömmliche völkische Denkweisen mit Solidaritätsbekundungen gegenüber dem „Freiheitskampf“ der „islamischen Welt“ zu verbinden, zeigt das am 16. September vom Landesvorstand der NPD Schleswig-Holstein beschlossene „Aktionsprogramm gegen die islamische Bedrohung in unserem Land“. Hier wird einerseits aus Sicherheitsgründen die „konsequente Rückführung aller auf deutschem Boden lebenden Bürger außereuropäischer Herkunft in ihre Heimatländer innerhalb der nächsten 100 Tage“ auch mit Hilfe der Bundeswehr gefordert, andererseits aber eilig in einem Nachtrag klargestellt, dass „selbstverständlich“ in der islamischen Welt ein „natürlicher Bündnispartner“ im „weltweiten Freiheitskampf“ gesehen wird.

Geradliniger ist in diesem Falle der NPD-Aktivposten Horst Mahler, der schnell die Anschläge in den USA als „eminent wirksam und damit rechtens“ bezeichnete. Noch einmal nachlegen konnte er in der Sendung „ZDF.reporter“, in der er die Attentäter „opferbereite Krieger“ nannte, vor denen er „Hochachtung“ empfinde. Tatsächlich bilden Antiamerikanismus und vor allem Antisemitismus seit geraumer Zeit Grundpfeiler im Denken Mahlers. Lange bevor er in seinem Beitrag für das „Deutsche Kolleg“ mit den Terroranschlägen das „Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“ gekommen sah, theoretisierte Mahler über den „zersetzenden jüdischen Geist“. Gegen diesen

werde sich, so der Anwalt, in einem „geistigen Zweifrontenkrieg“ für die „von Mammon unterjochten Völker [...] der Geist der Germanen“ erheben. Letztere Auslassungen stammen aus dem als Rede auf einem Revisionisten-Kongress geplanten Text „Endlösung der Judenfrage. Gotteserkenntnis statt Juden Hass“. Diese Konferenz, organisiert vom einschlägigen kalifornischen Institute for Historical Review (IHR) und dem in der Schweiz wegen Leugnung des Holocaust verurteilten und seitdem flüchtigen Jürgen Graf, sollte Ende März unter dem Titel „Revisionismus und Zionismus“ in Beirut auch zu dem Zweck stattfinden, Kontakte in arabisch-islamische Länder zu knüpfen. Eingeladen zu der letztendlich von der libanesischen Regierung untersagten Zusammenkunft war wenig überraschend neben dem Who's-Who der weltweiten Revisionisten-Szene als Referent auch Horst Mahler.

■ „Zersetzender jüdischer Geist“ ■

Die zwischen 1979 und 2000 veranstalteten Konferenzen des IHR fanden ausnahmslos in den USA statt – vorwiegend in Kalifornien, aber auch in Chicago oder Washington D.C. Die für den März 2001 geplante IHR Konferenz sollte nicht nur in bezug auf den Veranstaltungsort, Beirut, eine Neuerung zu den bisherigen bringen. Obgleich die Konferenz nicht wie vom IHR geplant, stattfinden konnte, lässt sich an ihr doch ein erneuter Wandel in der Strategie der Holocaust-Leugner festmachen. In einer vom Franzosen Robert Faurisson für die Konferenz vorbereiteten Rede, werden die Ziele und die Neuorientierung deutlich. Die Juden wüssten, so Faurisson „dass den ‘Holocaust’ zu verlieren, heißt das Schwert und das Schild Israels zu verlieren sowie das formidable Instrument der politischen und finanziellen Erpressung“. Hauptziel seiner Ausführungen, wie auch die Gesamtintention der Konferenz, war nicht nur, den durch die Holocaust-Leugner seit jeher vorgebrachten, abstrusen Vorwurf der „Auschwitz-Lüge“ erneut öffentlich zu vertreten, sondern vielmehr sich mit Palästinensern und Arabern zu solidarisieren und so eine strategische Partnerschaft gegen die „Zionisten“ zu schmieden. Ein weiteres Zitat aus dem Text Faurissons macht dies sehr deutlich: „Revisionisten leben ein Leben des Verzichts und die Palästinenser leben eine Tragödie [...] Mögen die Führer der moslemischen Staaten den Aufruf der Palästinenser und der Revisionisten hören! Unsere Qualen sind ähnlich und unsere Intifadas identisch. Mögen diese Führer endlich ihr Schweigen brechen über

den größten Schwindel der Moderne: den des 'Holocaust'!" (Übers.d.Verf.). Hier wurde an die seit Jahren verstärkt geführte Diskussion angeknüpft, in der eine Neubestimmung des Verhältnisses zum Islam und insbesondere zu arabischen „Widerstandsbewegungen“ verlangt wird. Als gemeinsam sieht man Kampf gegen den „Zionismus“ und den jüdischen Staat – Israel – an. Oder wie es Mahler in seiner Reaktion auf die Terrorwelle formuliert: „Es ist der die gläubigen Juden auf die Erlangung der Weltherrschaft durch Geldleihe ausrichtende Jahwe-Kult, der dem kapitalistischen System gegenwärtig seine tödliche Dynamik verleiht“.

Solche Thesen finden in der arabischen Welt weite Verbreitung, zentrale revisionistische und antisemitische Werke, wie „Die Protokolle der Weisen von Zion“, der „Leuchter-Report“ oder auch Roger Garaudy's „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“ sind in arabischen Übersetzungen erhältlich und werden gut nachgefragt. Jürgen Graf, dessen „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ ebenfalls ins Arabische übersetzt ist, fand, wie es das einschlägige „National Journal“ in einem Beitrag auf seinen Webseiten formuliert, „letztlich Schutz vor der jüdischen Verfolgung in Teheran [...] Während Israel im Dunkeln als Zufluchtsort für Kriminelle und Großgauner fungiert (z.B. Russen-Mafia alias Juden-Mafia usw.) leuchtet der Iran weithin, indem er Gottes Weisungen, die Unschuldigen zu schützen und nach der Wahrheit zu suchen, verwirklicht. Es kann nur gut für die Menschheit sein, dass es immer noch ein Land, eine Kultur und ein gottesfürchtiges Volk (Iran) gibt, das den Expansionsgelüsten Satans entgegentritt [...]“.

Horst Mahler bezeichnet die Terroranschläge in New York und Washington noch als „Kleinkrieg“, „Befreiungskrieg“ sowie als „Weltkrieg, weil der Feind der Völker die Welt beherrscht“. Der für seine umfangreichen Webseiten und aggressiven Kommentare gleichermaßen berühmt-berüchtigte „Völkische Sozialist“ sieht gar den „3. Weltkrieg, Armageddon, Ragnarök“ eingeleitet. Allerdings hat der „Angriff auf Amerika“ seiner Ansicht nach vor allem „die verlogene Welt der Spaßgesellschaft, Multikulturalisten, Schwulisten, Liberalisten und sonstigen zerstörerischen Elementen durcheinander gebracht. Der WTC-Schock ließ die Idioten des Gutmenschentums erzittern, denn liebe Zuwanderer aus unserer Mitte sollen die Tat begangen haben“. Jetzt gelte der „Kampf den Betreibern der Multi-Kulti-Politik, die mit ihrem Multikulti-Wahn die gesamte westliche Welt in Todesgefahr ge-

bracht hat, wie die letzten Ereignisse bewiesen haben“, was noch zugespitzt wird: „Alle, die jemals für Multikultur eingetreten sind, alle Politiker, die Multikultur gefördert haben, müssen wegen Hoch- und Landesverrat und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt werden“.

Auffällig ist, dass viele wichtige Akteure der extremen Rechten auf beiden Seiten des Atlantiks Israel gleichermaßen als Auslöser der Terroranschläge wie als Hauptprofiteur der Tragödie ausmachen. So argumentiert David Duke in seinem Text „Wird jemand es wagen nach dem Warum zu fragen?“, dass die amerikanische „Verwicklung in und Unterstützung von kriminellem Verhalten Israels“ das wahre Motiv für die Terroranschläge darstellt: „Es sind Amerikas Milliarden von Dollar Hilfe, die es dem jüdischen Staat ermöglicht haben, das arabische Volk für ein halbes Jahrhundert zu terrorisieren“. Ähnlich äußert sich William Pierce, Führer der „National Alliance“ in seiner wöchentlichen Radioansprache „American Dissident Voices“ vom 15. September, in der er den von der amerikanischen Regierung voll unterstützten Anspruch weltweiter jüdischer Vorherrschaft als die Wurzel des gegenwärtigen Problems sieht. Noch weiter geht der Pontifex Maximus der „World Church of the Creator“ (WCOTC), Matt Hale in einer internen Verlautbarung (WCOTC Hotline), wo er dazu aufruft, sich auch weiterhin verpflichtet zu fühlen, die USA von „ALLEN nicht-Weißen zu reinigen, egal ob sie den Nachnamen Stein oder Muhammad“ tragen. „Alle nicht-Weißen müssen für immer aus Amerika entfernt werden, damit Weiße leben können“ (Übers.d.Verf.).

Die aufgezeigten Beispiele mögen verdeutlichen, dass die extreme Rechte weltweit die Terroranschläge in den USA propagandistisch für ihre Zwecke ausnutzt und dabei in Rückgriff auf alte, überkommene antisemitische oder völkische Argumentations- und Theoriemuster ein schwer verdauliches Gemisch aus den wahlweisen Zutaten „internationale Volkssolidarität“, „Antiimperialismus“ und „Ausländer raus“ zusammenbraut. Auch die NPD versucht, aus der Situation Kapital zu schlagen. Der Parteivorsitzende Udo Voigt wartet in einer Presseerklärung vom 13. September mit der aufschlussreichen Aussage auf, die NPD werde „sich an die Spitze einer neuen deutschen Friedensbewegung und aller Globalisierungsgegner setzen“. Und wie eine solche Globalisierungskritik von rechts aussehen kann, zeigen die jüngeren Schriften von Horst Mahler. *Thomas Grumke*

Hintergrund**„Ostküsten-Juden“****Der metaphorische Antisemitismus**

Der SS-Offizier Otto Skorzeny berichtet von einer Lagebesprechung mit seinem obersten Chef Heinrich Himmler. Er erwähnt die Möglichkeit, eine V1 (Raketen, mit denen die Wehrmacht England beschoss) auf ein U-Boot zu montieren. Himmler: „Dann müssen wir New York bombardieren, es in Schutt und Asche legen... Glauben Sie mir, der psychologische Effekt wäre enorm. Ich bin überzeugt, dass es die Amerikaner nicht ertragen könnten, im eigenen Land angegriffen zu werden.“

Der 1998 verstorbene österreichische SS-Mann hat in seinen Thule-Romanen über den „Kampf der Symbole“ geschrieben. Eines der rechtsextremen Symbole ist die „Ostküste“ – der Nordosten der USA und vor allem New York City. Die „Ostküste“ geistert durch deutsche rechtsextreme Texte. Was gemeint ist, verrät – hinter einem Zitat versteckt – eine Buchrezension in der Zeitschrift „Nation&Europa“ (Januar 2001): die an der Ostküste der Vereinigten Staaten, besonders aber in New York beheimateten jüdischen Organisationen. Sicher ist auch die Wallstreet mitgemeint.

Die „Junge Freiheit“ wirbt für das Buch ihres Stammaptors Ivan Denes „Wer oder was ist die ‘Ostküste’ des Dr. Helmut Kohl?“. Jörg Haider schimpfte im Wiener Wahlkampf 2001 auf „Herrn Greenberg“ von der „Ostküste“, und seine Zuhörer wussten, wie das zu verstehen war. Im „Eurokurier“ heißt es im Februar 2001: „Unter der totalen Herrschaft der Besatzungsmächte konnten durch die von der Ostküste der USA zurückgekehrten Emigranten der Frankfurter Schule die längst überwundenen Ideen des Marxismus und des Klassenkampfes ... und der Demokratisierung aller Institutionen, der Kulturzerstörung und Internationalisierung ... in Westdeutschland erneut Fuß fassen“. Horst Mahler, NPD, spricht oft und gerne von der „Ostküste“, und einmal rutscht ihm ein „Ostküsten-Juden“ raus. Kurz, „Ostküste“ ist ein Kampfwort des metaphorischen Antisemitismus. Es ist die Schnittstelle von Antisemitismus und Antiamerikanismus. Das, was mit „Ostküste“ gemeint ist, hat der damals noch wenig bekannte Adolf Hitler seinem Gefolgsmann Rudolf Heß im Gefängnis diktiert: „Juden sind die Regenten der Börsenkräfte der amerikanischen Union.“

F.P. Heller

Aktivitäten**„Symbol des Satans“****Schweizer im Visier der Geheimdienste**

In NPD-Kreisen ist der rechtsextreme Islamist Achmed Huber (Jg. 1927) aus der Schweiz eine bekannte Szenegröße. Zwischen seinen Referatsauftritten in Europa, USA, Kanada, Südafrika, Türkei und Iran, findet Huber auch immer wieder Zeit, um seine deutschen Kameraden über den „Islam und Neue Rechte“ zu informieren. Zuletzt war Huber gern gesehener Gast beim Pressefest der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ am 8. September im sächsischen Grimma. Am Islam bewundert Huber, der der rechtsextremen „Avalon-Gemeinschaft“ von Roger Wüthrich (vormals Mitbegründer der Wiking Jugend Schweiz) angehört, unter anderem die „klare Rollenteilung zwischen Mann und Frau“.

Im Zuge möglicher Finanztransaktionen des islamistischen Terroristen Osama Bin Laden ist Huber nun ins Visier der Geheimdienste geraten. Vermutet wird, dass Gelder von Bin Laden über die Finanzgesellschaft Al Taqwa Management Organization mit Sitz in Lugano geflossen seien. Zu den Verwaltungsratsmitgliedern der Firma, die laut dem jüngsten Handelsregistrauszug in Nada Management Organization SA umbenannt worden ist, gehört auch Huber. Eigenangaben von Huber zufolge hat dieser in der libanesischen Hauptstadt Beirut auch Leute von Bin Laden kennengelernt. Huber feierte die Terrorakte gegen die USA mit „jungen Patrioten“ in einer Kneipe. World Trade Center und Pentagon waren für ihn „Türme der Gottlosigkeit“ und „Symbol des Satans“.

Der ehemalige Journalist Huber war ein enger Vertrauter des Schweizerers Francois Genoud, der seiner Verehrung für Hitler und den Nationalsozialismus sein Leben lang treu blieb und Beziehungen zu arabischen Extremisten unterhielt. Genoud, der 1996 Selbstmord beging, hatte das einträgliche Copyright an den Tagebüchern von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels inne. Vor Jahren bekannte sich Genoud dazu, dass er 1972 die Entführung einer Boeing 747 der Lufthansa von Dehli nach Aden durch die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) mitorganisiert habe. Genoud unterstützte den Terroristen Carlos und finanzierte die Verteidigung von Adolf Eichmann und Klaus Barbie.

Anton Maegerle

Ausland

Die „fünfte Kolonne“

Frankreichs extreme Rechte zeigt unterschiedliche Reaktionen zu den Terroranschlägen in den USA.

Die Attacken vom 11. September haben die französischen Rechtsextremisten vor ein strategisches Problem gestellt: Gegen welchen Feind sollen sie sich vorrangig positionieren, gegen die westliche Vormacht USA und das mit ihr verbündete Israel, oder aber gegen „den Islam“? Anlässlich der Kuwait-Krise und des Zweiten Golfkriegs gegen den Irak 1990/91, hatte Jean-Marie Le Pen seiner Partei, dem Front National (FN), eine spektakuläre Kehrtwendung verpasst. Die traditionelle anti-islamische Ausrichtung der Mehrheitsströmung auf der extremen Rechten – die an das Erbe der Kolonialkriege und der fanatischen Verteidiger eines „französischen Algerien“ anknüpft – über den Haufen werfend, hatte Le Pen spektakulär für den irakischen Diktator Saddam Hussein Partei ergriffen. Das Bündnis mit den weltweit nach dem Ende der bipolaren Blockordnung aufkeimenden Nationalismen, sowie die antisemitisch motivierte Frontstellung gegen Israel, hatten die klassische pro-abendländische und pro-atlantische Orientierung des FN abgelöst. Nur 48 Prozent der FN-Wähler wollten jedoch Le Pen damals in dieser Frage folgen.

Im Falle der Terroristen um Bin Laden fällt eine solche Stellungnahme ungleich schwerer. Gerade der tendenziell rassistische und weniger weltoffene Teil der Wählerschaft fühlt sich nunmehr besonders von muslimischen Terroristen bedroht, die nahezu hinter jedem Baum verortet werden. Eine Positionierung, die das Agieren der radikalen Islamisten – etwa als Vorkämpfer für eine „Reinheit“ der Kulturen und gegen ihre Vermischung, als welche die intellektuelle Nouvelle Droite (Neue Rechte) den Fundamentalismus zeitweise begrüßte – gutheißen würde, wäre daher keinem FN-Sympathisanten zu vermitteln.

Tatsächlich teilen sich die Reaktionen auf der extremen Rechten auf: Auf der einen Seite steht die Reaktion von Le Pen an der Spitze des FN, der in der aktuellen internationalen Großwetterlage die Abgrenzung zu beiden „Feinden“ hin sucht. So übertitelt die FN-Parteizeitung „National Hebdo“ ihre Ausgabe vom 27. September: „Der Schock der

Kulturen / Zwischen islamischem Universalismus und amerikanischem Universalismus wählt Le Pen den Weg Frankreichs“. Am Vortag der alljährlichen Parteifeier am 22./23. September hatte Le Pen einerseits den Opfern in den USA sein Beileid erklärt, andererseits kritisiert, dass „Frankreich sich (als) Vasall der USA, und Chirac als amerikanischer Generalgouverneur“ aufführe. In seiner 90-minütigen Abschlussrede hatte Le Pen diese Positionierung beibehalten und 80 Prozent seines Textes den Frankreich drohenden Gefahren in Gestalt einer „fünften Kolonne“ auf seinem Territorium gewidmet. „Die Terroristen vom 11. September lebten in den USA wie Fische im Wasser. In Frankreich hat Chirac vor 25 Jahren den Wasserhahn geöffnet. Er hat die Fische importiert. Die Sozialisten haben sie ernährt. Unser Land wartet jetzt auf die Folgen.“

Der mit der Le Pen-Partei rivalisierende MNR (Mouvement National Républicain) unter Bruno Mégret hingegen hat klar Partei zugunsten der USA, und möglicher militärischer Maßnahmen gegen muslimische Länder, ergriffen. Bruno Mégret erklärte: „Der MNR irrt sich nicht darüber, wo der Feind steht und betrachtet es als legitim, dass Frankreich den USA für mögliche Repressalien seine Unterstützung zukommen lässt.“ Der MNR nutzt natürlich die Gelegenheit, um zu erklären, man müsse „den Islam daran hindern, sich auf unserem Boden zu installieren, die Vervielfachung von Moscheen stoppen, die Umwandlung der Immigration in eine Kolonisierung verhindern und endlich die ausländischen Kriminellen ausweisen.“

Auf ähnliche Weise ergreift die rechtsextreme Wochenzeitung „Minute“ Partei, die 1961 am Ende des Algerienkriegs als Organ der unnachgiebigsten Pro-Kolonial-Fraktion gegründet worden war. In ihrer Ausgabe vom 19. September wird auf der Titelseite die rhetorische Frage aufgeworfen: „Leben mit Amerika oder sterben durch den Islam?“ Am Ende seines Artikel gelangt der Autor zu der Schlussfolgerung: „Wir haben in dem beginnenden Konflikt nicht unser Lager zu wählen: Der Islam tut es an Ihrer Stelle.“ Beim nebenstehenden Kommentar ist alles durch die Überschrift gesagt: „Es lebe die Methode Aussaresses!“ Der 83-jährige General Paul Aussaresses war im Frühsommer dieses Jahres vom Dienst suspendiert worden, weil er sich in einem kurz zuvor erschienen Buch gar zu freizügig dazu bekannt hatte, im Algerienkrieg gefoltert und außergerichtliche Hinrichtungen vorgenommen zu haben. Ohne die geringste Reue zu empfinden.

Bernhard Schmid

Hintergrund**Ideologischer Drill**

Das Institut für Staatspolitik will „geistige Eliten“ formen und die „Versozialdemokratisierung“ der CDU kurieren.

„Strategien“ sind das Rahmenthema der 2. Sommeruniversität des Instituts für Staatspolitik (Bad Vilbel), die vom 4. bis 7. Oktober an ungenanntem Ort stattfinden soll. Die verschiedenen Erscheinungsformen der „Krise“ waren die inhaltliche Klammer der verschiedenen Vorträge der ersten Veranstaltung dieser Art gewesen. Gegen die als umfassend diagnostizierte Krise hilft nur ein ebenso umfassendes Strategienbündel. Allzu sicher scheint man sich bei dessen Knüpfen allerdings noch nicht zu sein. Die Vorbereitung erfolgt quasi konspirativ, gegen „verdächtige“ Anmeldungen schottet man sich ab. Der Veranstaltungsort wird zwar geheimgehalten, dürfte jedoch wie im Vorjahr der Stift Reinhardsbrunn bei Friedrichroda in Thüringen sein.

Das Institut für Staatspolitik knüpft auch mit dem Thema Strategien offenkundig an das im November 1920 gegründete „Politische Kolleg für nationalpolitische Bildungs- und Schulungsarbeit“ des Zentrums-Politikers Martin Spahn an, die wohl wichtigste Institution der jungkonservativen Strömung der Konservativen Revolution. Schon räumlich bestand deutliche Nähe zum einschlägigen Juni-Klub, und das Kolleg galt als „geistiger Mittelpunkt“ der Ring-Bewegung. Für Martin Spahn war der Nationalismus die Triebfeder seines gesamten Handelns. Im Kolleg sah er ein Mittel der „Nationalpädagogik“.

Deutlich weniger Format haben die heutigen Institutsbetreiber. An Spahn und dessen Mitstreiter reichen sie nur bezüglich ihres Nationalismus heran. Die Kenntnisse in Strategien, die man wissenschaftlich und politisch Interessierten im Alter bis zu dreißig Jahren vermitteln will, reichten noch nicht einmal aus, um die Computer des Institutsitzes gegen Hackerangriffe zu schützen. Große Teile des Adressenmaterials, so jammern die Initiatoren, seien verlorengegangen. Und sind – so steht für sie wohl zu befürchten – in die Hände des Feindes gefallen. Armin Mohler, der Interpret und Bibliograf der Konservativen Revolution, hatte einmal ausgeführt, Verschwörungstheorien seien in

der extremen Rechten besonders verbreitet. Wie um ihn zu bestätigen, witterte auch die „Junge Freiheit“, faktisch das Sprachrohr des Instituts für Staatspolitik, eine Verschwörung am Werke. Eine Verschwörung, die vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung bis hin zum „blick nach rechts“ reicht. Hier werden die geistigen Brandstifter ausgemacht.

Die anvisierte Teilnehmerzahl für die jetzt im Herbst stattfindende Sommeruniversität wird man wohl trotz der Verluste zusammenbekommen, denen unter der Leitung des Studienrats Karlheinz Weißmann und Götz Kubitscheks unter anderem „publizistische Strategien“ vermittelt werden sollen. Weißmann gilt als geistiger Mentor der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Kubitschek gehörte der Redaktion an, geworben und über die Veranstaltungen berichtet wird vor allem in diesem Blatt. Der in enger Verbindung mit dem Institut gegründete Kleinverlag „Antaios“ publizierte außer Reprints und einigen Kleinschriften noch nichts Nennenswertes. Es scheint sich also um eine recht eindimensionale publizistische Strategie zu handeln, denn die „Kulturrevolution von rechts“, als deren Teil sich das Institut für Staatspolitik versteht, ist seit 20 Jahren kaum von der Stelle gekommen.

Auch die dürftige Präsentation des Instituts auf der eigenen Homepage kann eigentlich kaum als „Strategie im Internet“ verkauft werden. Die Lehrer, so steht zu erwarten, sind in diesem Fall nicht klüger als ihre Schüler oder aber beschränken ihre Kenntnisse auf die Theorie. Als strategischer Ort für die bei der Sommeruniversität zu behandelnde „Elitenzirkulation“ wird die CDU angesehen. Bei dieser wird eine „Versozialdemokratisierung“ diagnostiziert, die es zu kurieren gelte. In Übereinstimmung mit dem konservativen Sozialphilosophen Günter Rohrmoser beklagt man, die von Helmut Kohl verkündete „geistig-moralische Wende“ sei ausgeblieben, die „Kulturrevolutionäre von 1968“ hätten letztlich triumphiert. Die notwendigen Eliten zur Bekämpfung dieses Hauptfeindes will das Institut für Staatspolitik nun mittels ideologischer Schulung, der Bildung „geistiger Eliten“ formen. Bisher können die Institutsgründer aber lediglich auf die Unterstützung von Randfiguren der politischen Elite, zum Beispiel die Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, zurückgreifen.

Weißmann und Kubitschek, die beiden zentralen Personen hinter dem Institut für Staatspolitik, sind beide Alte Herren der bündischen Korporation

Deutsche Hochschulgilde, die zwar zahlenmäßig erheblich kleiner ist als andere Korporationsverbände, es jedoch geschafft hat, von der Elitenbildung Nutzen zu ziehen und Mitglieder an relativ zentrale und einflussreiche Stellen zu platzieren. Kubitscheks Schwiegervater, Hartmut Müller-Kinet (CDU), Staatssekretär in Hessen, ist Alter Herr der Hochschulgilde. Aus Hessen und dieser Korporation stammen auch weitere prominente Mitstreiter des Instituts in Thüringen. Karl-Eckhard Hahn ist Sprecher des Thüringer Landtags, Wolfgang Egerter war nach der Wende Staatssekretär. Zur Strategie der „Kulturrevolution von rechts“ mag es gehören, stets ein schützendes Umfeld zu suchen.

Götz Kubitschek selbst hat sich allerdings wohl zu weit aus der Deckung gewagt. Der Oberleutnant der Reserve wurde am 16. August aus einer laufenden Wehrübung entlassen. Als Grund wurde von Generalmajor von Scotti, dem Chef des Personalamtes der Bundeswehr, Kubitscheks Beteiligung an „rechtsextremistischen Bestrebungen“ genannt. Als solche wird seine Redakteurs- und Autorentätigkeit für die „Junge Freiheit“ gewertet. Die Bundeswehr wirft ihm zudem die Mitwirkung an dem Band „Raki am Igman“ vor, den er mit dem inzwischen aus der Bundeswehr ausgeschiedenen Peter Felser über ihren Bosnien-Einsatz verfasst hatte.

Es erstaunt nicht, dass die „Junge Freiheit“ dem geschassten Kubitschek umgehend Schützenhilfe leistete. In einem „Appell an die Bundeswehr: Gegen die Entlassung konservativer Soldaten“ wird protestiert. „Wir fordern die Bundeswehr auf, sich bei Götz Kubitschek zu entschuldigen, die Falschaussagen und ungerechtfertigten Äußerungen zu korrigieren und die Entscheidung zurückzunehmen“, heißt es in dem Aufruf, der von den „üblichen Verdächtigen“ unterzeichnet worden ist. Auffällig ist die Zahl früherer ranghoher Offiziere, von denen zahlreiche bereits zuvor innerhalb der extremen Rechten aktiv geworden sind. Die Liste reicht vom Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler über den Brigadegeneral a.D. Peter van Rensen und den Konteradmiral a.D. Günter Poser bis zu einem weiteren ehemaligen Konteradmiral, Helmut Neuss. Mit Oberst a.D. Klaus-Ulrich Hammel findet sich ein Vertreter des aufgelösten BFB, mit Generalbundesanwalt a.D. Alexander von Stahl einer vom rechten FDP-Flügel und mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann ein Repräsentant der Rechtsausleger in der CDU. Daneben stehen mit ihren Unterschriften in trauter Eintracht Funktionäre der REP und der NPD. *Jean Cremet*

Bücherschau

Demokratie lehren

Handreichungen zur politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen

Was kann Pädagogik gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bewirken? Dieser Frage stellen sich zwei Veröffentlichungen:

Der Essener Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim gibt in „Pädagogik mit beschränkter Haftung“ einen knappen Überblick zu den Chancen politischer Bildung. Anhand von Daten der empirischen Sozialforschung zeigt er auf, dass demokratisch und liebevoll, gewaltfrei und zuverlässig erzogene junge Leute weitaus weniger fremdenfeindlich eingestellt seien als genau entgegengesetzt erzogene Jugendliche. Auch wären politisch gut informierte junge Menschen weitaus weniger fremdenfeindlich eingestellt als politisch eher schlecht informierte Altersgenossen. Diese Erkenntnisse belegen für Ahlheim die Chancen pädagogischer Maßnahmen und politischer Bildung.

Der Darmstädter Soziologe Albert Scherr gibt in „Pädagogische Intervention gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ einen kurzen Überblick zu Ansatzpunkten pädagogischen Handelns und skizziert einige Grundprinzipien solcher Konzepte. In diesem Zusammenhang warnt er vor verschiedenen pädagogischen „Fallen“ (Konfrontations-, Moralisierungs-, Provokationsfalle) und veranschaulicht die Möglichkeiten schulischen Lernens in verschiedenen Varianten (Entwicklung einer demokratischen Schulkultur, fächerübergreifende Projekte, historisch orientierte Bildungsarbeit, interkulturelles Lernen, biografisch orientiertes Lernen).

Beide Veröffentlichungen bleiben leider einer eher allgemeinen und theoretischen Darstellung verhaftet, ohne an Fallbeispielen oder über Vergleiche die Umsetzung von solchen Konzepten stärker zu verdeutlichen.

Armin Pfahl-Traugher

Klaus Ahlheim, Pädagogik mit beschränkter Haftung. Politische Bildung gegen Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts. 2001 (Wochenschau-Verlag), 46 Seiten.

Albert Scherr, Pädagogische Intervention. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und der außerschulischen Jugendarbeit, Schwalbach/Ts. 2001 (Wochenschau-Verlag), 48 Seiten.

Demokratische Initiativen**Mosaiksteine**

Im Jüdischen Museum sind auch persönliche Erinnerungstücke an deutsche Juden ausgestellt. Viele darunter waren von den Nazis ermordet worden.

Als der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit Stifter und Leihgeber des neuen Jüdischen Museums empfing, herrschte im Berliner Rathaus babylonisches Stimmengewirr. Zwar waren die meisten Anwesenden gebürtige Berliner, aber viele hatten in Jahrzehnten den Umgang mit der deutschen Sprache verlernt. Sie lebten, von den Nazis vertrieben, in Brasilien und den USA, in Neuseeland und Schottland, in Israel und anderen Ländern, hatten eine neue Heimat gefunden. Dennoch, als es darum ging, wo die kleinen und großen Schätze ihres jüdischen Lebens, die letzten Erinnerungen an teure Verwandte, an Opfer des Holocausts einen dauerhaften Platz erhalten sollten, zögerten sie nicht zu sagen: „In Berlin, im Jüdischen Museum, dort gehören sie hin.“ Im tiefsten Herzensgrunde waren sie trotz ihres tragischen Schicksals Berliner geblieben.

Das prägte die Atmosphäre der Tage, in denen viele von ihnen als Gäste des Museums in der Stadt weilten. Die wenigsten kannten einander, doch man fühlte sich als große Familie. So unterschiedlich die Lebensläufe waren, die man sich erzählte, fast immer stimmte die Grundlinie überein: eine behütete Kindheit in Berlin, bis die Nazis kamen, dann der Versuch, unter den neuen Umständen zu bleiben, wo man geboren war, schließlich das grausame Erwachen, meist nach der Schreckensnacht des 9. November 1938, Flucht in alle Teile der Welt, Bruch mit der alten Heimat und nun die erste zaghafte Begegnung mit einem neuen Deutschland. Von all dem berichten die Geschenke, die sie dem Museum machten, ob es sich um kostbare Kultgegenstände oder ganz Alltägliches handelt. „Die Dankesworte beschämen mich fast“, sagte ein Stifter aus Berlin vor Journalisten. „Für das, was ich gab, hätte mir ein Trödler keine fünf Mark geboten: Schwarz-Weiß-Fotos, vergilbte Briefe, Behördenpost und ein Glas.“ In Wahrheit ging es um Mosaiksteine eines Menschenlebens, das in Auschwitz endete, und der Entschluss, die letzten Erinnerungen an den Onkel hinzugeben, ist dem Spender gewiss nicht leicht gefallen.

Der Leipziger Kaufmann Willy Bornstein war einer der 937 Juden, die am 10. Mai 1939 an Bord des HAPAG-Dampfers „St. Louis“ glaubten, das letzte Schiff in die Freiheit erreicht zu haben. Verwandte aus den USA hatten die horrenden Summe für Ticket und Landepermit in Kuba bezahlt. Die Fahrt wurde zur Odyssee. In einem tagebuchartigen Brief schildert der Onkel, was später den Stoff für den Hollywood-Film „Das Schiff der Verdammten“ abgab: die Zurückweisung in Havanna, die vergeblichen Bemühungen des Kapitäns um Landeerlaubnis im zum Greifen nahen Florida, die Verzweiflung bei der Rückkehr nach Europa. In letzter Minute entschieden sich England, Frankreich, Belgien und Holland, Asyl zu gewähren. Hoffnungsvoll träumt der Onkel nun von einer Ausbildung bei Rothschild in Frankreich, von einer glücklichen Zukunft in Amerika, vereint mit Frau und Töchterchen. Aber bis auf rund 200 fielen die „Refugié de St. Louis“ schon bald in die Hände der Nazis. Willy Bornstein sah die Familie ein letztes Mal, dann wurde er deportiert und starb 1942 im Vernichtungslager. Ausgestellt sind die Reste eines Telegramms über die Buchung, das Original des Berichts von der Reise, sein letztes Foto und eine Mitteilung der US-Einwanderungsbehörde von 1946, vier Jahre nach dem Tode, dass in Kürze die Einreise genehmigt würde.

Aus Brasilien kam Ilona Simon-Strimber, geboren 1947, zu den Eröffnungsfeierlichkeiten. Ihre Eltern überlebten, weil sie sich nach Jahren der Zwangsarbeit von 1943 bis zur Befreiung in einer Schrebergartenkolonie verstecken konnten. 1946 gründeten sie die erste koschere Fleischerei Nachkriegsberlins. 1954 wanderte die Familie nach Sao Paulo aus, wo Arno und Hildegard Simon die bis heute florierende Wurstfabrik „Frigorifico Simon“ aufbauten. Die Stifterin unterrichtet an brasilianischen Schulen auf der Grundlage von Materialien der Shoah Foundation. Dem Museum gab sie Fotos und Dokumente über die Fleischerei in Berlin.

Bis Neuseeland führte die Berliner Zahnarztfamilie Unger 1937 die Flucht nach Verhören des Vaters in der Gestapozentrale. Stifter Heinz Ralf Unger, einer der beiden Söhne des Zahnarztes, promovierte dort in klinischer Psychologie. Er arbeitete im Gesundheitsdepartment und war bis zu seiner Pensionierung Chief Clinical Psychologist of New Zealand. Nach 46 Jahren sah er 1983 zum ersten Male seine Geburtsstadt wieder. Er stiftete Urkunden und Dokumente seines Breslauer Großvater Leopold Brinnitzer aus den 20er Jahren.

Wenn das Museum das Wirken des SPD-Reichstagsabgeordneten Julius Moses, der 1942 in Theresienstadt ums Leben kam, mit Dokumenten und Erinnerungsgegenständen nachzeichnen kann, so verdankt es das Leihgaben seines Sohnes und Nachlassverwalters Professor Kurt Nemitz. Der Nachlass war vor den Nazis im Köpenicker Haus der Mutter des Leihgebers, der Reichstagsabgeordneten Anna Nemitz, verborgen worden. Professor Nemitz war langjähriger Direktor der Landeszentralbank Berlin und hat mehrere Publikationen zur deutsch-jüdischen Geschichte herausgebracht. In der Ausstellung sind unter anderem der Erinnerungsband „Ich gebe meinen Kindern Rechenschaft“, den Moses 1936 schrieb, ein Schreibtischset und seine Aktentasche zu sehen.

■ Die kleinen und großen Schätze eines jüdischen Lebens ■

Zwischen Rosa Sacharin und Wolfgang H. Geisse liegen Welten, weniger weil sie in Glasgow und er in Mainz wohnt, als wegen ihrer religiösen Bindungen. Sie stammt aus einer orthodoxen jüdischen Familie, er ist praktizierender Katholik, sein Bruder katholischer Priester. Was sie vereint, sind die Leiden ihrer Nächsten unter Hitler. Rosa ist Tochter des Schneidermeisters Goldschal, der mit 60 Angestellten Damenkonfektion herstellte. Sie wuchs im Scheunenviertel auf und war fünf Jahre im jüdischen Kinderheim Berlin-Hermsdorf, bis es 1935 geschlossen wurde. Mit dem ersten Kindertransport wurde sie 1938 nach England geschickt und lebt nun in Schottland. Schwester und Mutter – die mit falscher Identität in Berlin überlebte – konnten ihr folgen. Von Vater und Bruder hat sie nie wieder etwas gehört. Dem Museum übergab sie ein Fotoalbum, das Kinder und Erzieher bei der Schließung des Kindesheimes deren Leiterin Recha Loewy geschenkt hatten. Es war nach der Deportation Loewys zu ihr gelangt.

Wolfgang H. Geisse galt nach den Nürnberger Gesetzen als Mischling 1. Grades. Seine Mutter war Jüdin, sie wurde 1943 in Auschwitz umgebracht, sein Vater Katholik. Geisse und sein Bruder überlebten das Kriegsende bei einem Heidelberger Lehrerehepaar und wurden dann von der katholischen Großmutter aufgenommen. Später arbeitete er 30 Jahre in der Hotelindustrie und ist seit 1999 ehrenamtlicher Entwicklungshelfer. Er stiftete Originaldokumente aus der jüdischen Familiengeschichte, darunter die Benachrichtigungen über den

Tod der Mutter und ihrer Eltern Emmy und Alfred Cantor in Auschwitz und Buchenwald.

Die wenigen Beispiele – es gibt Hunderte von Stiftern – machen eine Besonderheit des Museums deutlich: Es ist undenkbar ohne enge Wechselwirkung mit denen, über die es informiert, den deutschen Juden. Sie sind Mitgestalter, Träger und auch dabei, wenn es um seine Entwicklung geht. Noch manche Truhe wird geöffnet, noch manche Information beigesteuert. Holocaust-Überlebende stehen, so lange sie können, selbst Rede und Antwort, andere wurden in Filmen und Dokumentationen porträtiert, damit ihr Zeugnis und ihr Bild erhalten bleibt. Dieses Miteinander strebt das Museum auch bei seinen Besuchern an. Es sucht das Gespräch mit ihnen, stellt Aufgaben, erwartet ihre Stellungnahmen, will keine Hängematte sein, in der man ruhend genießt, sondern Suchenden denken helfen.

Noch eine zweite Eigenschaft hat es, über die nicht jedes Museum verfügt. Es bleibt nicht auf Historie beschränkt, sondern ist höchst gegenwärtig, mischt sich in Tagespolitik ein. Selbstverständlich ist das dort, wo die Auseinandersetzung mit Holocaust-Leugnern, Antisemiten und Neonazis erfolgt. Aber es gibt auch manche Information zum Verständnis des Zionismus und der Nahostproblematik insgesamt. Die aktuellen Fragen des Terrorismus bleiben nicht ausgespart. Die nazistische Politik gegenüber den Juden wird als die bisher grausamste staatlich organisierte Form des Terrors dargestellt und damit deutlich gemacht, dass Kampf gegen Rechtsextremismus und gegen Terrorismus zwei Seiten einer Medaille sind.

Eine dritte Besonderheit sei erwähnt. Ein Museum mit dem Untertitel „Zwei Jahrtausende deutsch-jüdische Geschichte“ muss den schweren, an Rückschlägen reichen Weg der Juden zwischen Streben nach Gleichberechtigung und Verfolgungen, Pogromen, grausamer Gewalt dokumentieren, dessen scheinbarer Schlusspunkt die Shoah war. Aber es ist kein Holocaust-Museum. Der Titel deutet auf die Ambivalenz der Beziehungen. Das Museum lässt nicht nur die Tiefen, sondern auch die Höhepunkte lebendig werden, wofür Namen wie Moses Mendelssohn und Heinrich Heine, aber auch Rothschild und Rathenau, Ehrlich und Einstein, Liebermann und Ullstein, Zweig und Weill, Reinhardt und Feuchtwanger stehen. Ihr bis in die Gegenwart prägendes Wirken gibt Hoffnung auf das, was das Museum nur andeuten kann: eine deutsch-jüdische Zukunft.

Ralf Bachmann

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 37-40/01:**

Breiten Raum nimmt die Berichterstattung über die Attentate am 11. September in den USA ein: Michael Wiesberg bezichtigt die USA und Israel einer Mitschuld am Terror. Die USA hätten die Unnachgiebigkeit Israels gegenüber den Palästinensern „immer wieder mitgetragen“, das sei ihnen jetzt zum Verhängnis geworden. Keineswegs könnten die USA und ihre Verbündeten aber sicher gehen, dass Bin Laden tatsächlich der Drahtzieher sei, Motive für einen Terrorakt gegen die USA hätte nicht nur dieser, betont Wiesberg. Der JF-Autor verweist darauf, „dass der Hass der Terroristen nachvollziehbare Motive habe, die in der Natur der US-Hegemonialpolitik liegen“. In einer Bildunterschrift über das brennende World Trade Center steht schließlich in Frageform: „Menschenverachtender Terroranschlag“ oder „Fortsetzung eines ‘gerechten Krieges’ mit den einzigen zur Verfügung stehenden Mitteln?“ Der französische neurechte Vordenker Alain de Benoist bezichtigt die USA des „Staatsterrorismus“, sie hätten nun die Früchte ihrer Politik zu ernten; schließlich seien die ob des Handelsembargos gestorbenen irakischen Kinder, das Schicksal des palästinensischen Volkes auch menschliche Tragödien, führt er an. Werner Olles geißelt die „Multikulturalisten“ als „nützliche Idioten“ für die ethnischen Minderheiten in den USA und Westeuropa, die als „eine Art ‘fünfte Kolonne’ nichtwestlicher Zivilisationen“ fungieren würden. Die herrschende politische Klasse habe nichts davon begriffen, „was sich in den Köpfen der ‘Heiligen Krieger’ abspiele, stellt Olles fest und beruft sich auf Samuel Huntington's „Kampf der Kulturen“. Dieser konstatiere „für Westeuropa eine Islamisierung‘ mit anschließender ‘Afrikanisierung’, wenn es nicht gelingt, Dämme zu bauen gegen die Flut der ungebeten Einwanderer und identitätspolitisch die Idee des christlichen Abendlandes als Kulturmacht und Abgrenzungskriterium gegen die islamische Zivilisation wiederzubeleben“. Dem zustimmend sieht auch Rolf Stoltz „die europäisch-abendländische Zivilisation durchaus von innen her bedroht ... durch Dekadenz und Barbarei“. Für Dieter Stein ist denn auch infolge der Krise nach den Anschlägen „schlagartig“ deutlich geworden, wie sehr Deutschland „Amerikatreue zur Staatsräson“ erhoben habe und in seiner Sicherheits- und Außenpolitik handlungsunfähig sei (38, 39/01).

Hans-Helmuth Knütter ruft zum Widerstand gegen die den Rechten gegenüber betriebene „Volksverhetzung“ auf, die zu einer „anderen Republik“ führe, wobei sich „Unfreiheit, Bevormundung, Reglementierung, Verbotspolitik“ abzeichneten (37/01). Josef Schüßlburner beklagt einen „Multi-rassismus“, womit „im Kampf ‘gegen Rechts’ stellvertretend und mit rassistischer Verve das Deutschland bekämpft“ werde. Das Schlagwort „Kampf gegen Rechts“ zeichne sich durch „einen offiziellen Antipluralismus“ aus, mit dem die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit eingeschränkt werde, behauptet der Regierungsdirektor (38/01). Der Erfolg der Schill-Partei in Hamburg lässt Dieter Stein „nach dem vorläufigen Untergang der Republikaner“ auf „einen politischen Frühling von rechts“ hoffen. Anderer Meinung ist der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer, der gegenüber der JF ausführt, „dass es sich beim ‘schillernden’ Phänomen Schill um eine ‘politische Eintagsfliege’ handle. Alfred Mechttersheimer zeigt sich überrascht, dass die „Faschismuskeule“ gegen Schill keine Wirkung zeigte. Schill habe allerdings ein „Übersoll an Distanzierungsritualen gegen Rechts erfüllt“, zitiert die JF Mechttersheimer (40/01). (gn)

Hinweis

Berlin – Wie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nachhaltig bekämpft werden kann, will eine gemeinsame Konferenz der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. Oktober in Berlin untersuchen. Ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch von Politikern, Wissenschaftlern und Praktikern aus Amerika und Deutschland soll dabei Anregungen für erfolgversprechende Gegenstrategien und Aktivitäten in ausgewählten Handlungsfeldern geben. Vorgestellt werden Trainings- und Lernprogramme an Schulen, gesellschaftliche Strategien gegen Diskriminierungen, kommunalpolitische Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Themenblöcke sind mit Referierenden aus den USA und Deutschland besetzt. Im Podium diskutieren Experten mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy über die Möglichkeiten der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Ein einführendes Referat hält die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Cornelia Sonntag-Wolgast. Donnerstag 25.10., 10.00 Uhr, Haus am Köllnischen Park, Am Köllnischen Park 5-7, 10179 Berlin. **Anmeldung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Tel. 0228/883-247, fax -/883-398; E-Mail: maha.rindermann@fes.de**

DWETTREWERB **Du gegen rechts**

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-Extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPS, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 155
Fax (0 30) 2 55 94 - 199
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – In einer Presseerklärung vom 24. September begrüßt Klaus Beier, NPD-Bundessprecher, „das Aufbrechen etablierter Parteistrukturen“ bei der Wahl in Hamburg. Beier weist darauf hin, dass bei den Wahlen in Berlin am 21. Oktober die NPD die einzige Partei sei, die wie Schill in Hamburg „konsequent Sicherheit durch Recht und Ordnung“ fordere. Beier zitiert den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt mit den Worten: „Sollten die Berliner Wähler von der multikriminellen Kriminalitätswelle genauso angewidert sein wie die Hamburger, dann werden die Wahlen mit einer Überraschung zugunsten der NPD enden!“ Nach einem Wahlsieg will die NPD laut Voigt die „schon längst zum Problem gewordene Ausländerkriminalität“ durch „gnadenlose Abschiebung krimineller Ausländer und Asylanten nach Verbüßung ihrer Strafe mit Erfolg“ bekämpfen.

■ **Berlin/Hamburg** – Die Deutschen Konservativen wollen aktiv in den Berliner Wahlkampf eingreifen. Heinrich Lummer nimmt die PDS ins Visier und hat dazu eine „Enthüllungsbroschüre über „Das wahre Gesicht der PDS“ verfasst. Helmut Bärwald liest mit seinem Machwerk „Von Grotewohl/Pieck zu Wowereit/Gysi“, wozu Heinrich Lummer ein Vorwort geschrieben hat, der SPD die Leviten. Beide Broschüren sind bei den Deutschen Konservativen in Hamburg erhältlich. Angeboten werden auch Aufkleber, auf denen ausgerechnet Kurt Tucholsky bemüht wird: „Der größte Lump im ganzen Land – das ist und bleibt der Denunziant“, überschrieben mit der Zeile „von wegen nur Stasi- „IM“. Angeblich wurden 100 000 Stück gedruckt, die in Berlin zur Verteilung kommen sollen. „Für ein freies Berlin“ haben die Konservativen am 1. Oktober zu einer Kundgebung mit Lummer aufgerufen, bedauert wird letztendlich, „dass die CDU in Berlin so läppisch kämpft“.

■ **Berlin** – An einem bislang noch geheimgehaltenen Ort veranstaltet der „Armanen Orden“ (AO) am 31. Oktober/1. November sein diesjähriges „Herbst Thing“. Der AO unter Führung von Adolf Schleipfer und Sigrun von Schlichting pflegt das rassistische Gedankengut von Guido List, das später in Hitlers Weltbild aufging. Nach Auffassung von List waren die „Armanen“ die Führer und Lenker der Germanen. Die Glaubensinhalte der

AO sind durch einen primitiven Rassen-Okkultismus mit theosophischem Einschlag geprägt. Am Rande des „Herbst-Things“ findet die Jahreshauptversammlung der von Schlichting gegründeten neuheidnischen „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE) statt.

■ **Braunschweig** – Dem CDU-Kandidaten Gert Hoffmann (51) gelang bei der Stichwahl zum Oberbürgermeister in Braunschweig am 23. September mit 57,4 Prozent ein deutlicher Erfolg. Der neue Bürgermeister gehörte in den Jahren 1967 bis 1969 der NPD und dem Nationaldemokratischen Hochschulbund an. 1968 wurde der damalige Jura-Student Hoffmann bei den Studentenratswahlen der Universität Göttingen als Spitzenkandidat der „Liste UNS (Unabhängige Studenten)“ in den Studentenrat gewählt. Hoffmann war zu der Zeit Vorsitzender der NHB-Gruppe in Göttingen und stellvertretender Bundesvorsitzender des NHB. Er galt als „so etwas wie ein rechter Studentenführer an der Göttinger Uni“ („Süddeutsche Zeitung“). Bei der Nominierung als Oberbürgermeisterkandidat der CDU geriet Hoffmann im vergangenen Jahr wegen seiner rechtsextremen Vergangenheit in die Diskussion (vgl. BNR 18/00).

■ **Ehningen** – Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen den rechtsextremen Liedermacher Frank Rennieke erneut Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Der 35-Jährige soll über seine Internetseite den Text seines indizierten „Heimatvertriebenen-Liedes“ verbreitet haben. Bei einer Hausdurchsuchung waren deshalb im Februar die gesamte Computeranlage von Rennieke und weiteres Beweismaterial beschlagnahmt worden. Erst im November vergangenen Jahres war Rennieke vom Amtsgericht Böblingen zu zehn Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

■ **Eisenach** – Die Mühlhauser Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Eisenacher Neonazi Patrick Wieschke (20) wegen der Billigung von Straftaten. Wieschke, JN-Funktionär, soll in einem Fernsehinterview die Terroranschläge gegen die USA begrüßt haben. Gegen ihn laufen darüber hinaus mehrere Verfahren, die von der Beleidigung über sexuelle Nötigung bis zum Internet-Betrug reichen. Vor kurzem soll eine weitere wegen Körperverletzung dazu gekommen sein. Wieschke wird vorgeworfen, einem Gesinnungskameraden bei einer Schlägerei den Kiefer gebrochen haben. Wieschke ist Führungskader des „Nationalen und Sozialen

Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW). Am 28. April referierte Wieschke bei einer parteiübergreifenden Veranstaltung in Mosbach bei Eisenach. Organisiert worden sein soll die Saalveranstaltung nach Angaben des thüringischen Verfassungsschutzes von DVU-Mitgliedern. Das NSAW wertete auf seiner Homepage die Veranstaltung als einen bedeutenden Schritt in Richtung einer erfolgreichen Zusammenarbeit aller „nationaler Kräfte“.

■ **Hagen/Lüdenscheid** – Nach einigen Wochen Demonstrationspause zieht es NPD'ler und „Freie Nationalisten“ in Südwestfalen wieder auf die Straße. Aus dem Worch-Spektrum wurde für den 17. November eine Demonstration im westfälischen Hagen angemeldet – die dritte dort in diesem Jahr. Motto diesmal: „Völkische Gemeinschaft statt Überwachungsregime“. Bereits jetzt angekündigt wurde zudem ein Fackelmarsch der NPD Märkischer Kreis in Lüdenscheid am 19. Januar 2002. Mit ihm soll an die Gründung des Deutschen Reichs vor dann 131 Jahren erinnert werden. Als Redner ist unter anderem Peter Naumann, vorbestraft unter anderem wegen Sprengstoffanschlägen, vorgesehen.

■ **Heilbronn** – Alexander Schonath, Ex-Abgeordneter der Republikaner im baden-württembergischen Landtag, hat gegen einen vom Amtsgericht Stuttgart erlassenen Strafbefehl Einspruch eingelegt. Wegen „Sachbeschädigung und Nötigung“ hatte Schonath einen Strafbefehl über 3 000 Mark erhalten. Schonath war im Oktober 1999 bei der Eröffnung der vom Bundesamt für Verfassungsschutz konzipierten Wanderausstellung „Demokratie ist verletzlich“ im Stuttgarter Landtag in Handgreiflichkeiten gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes verwickelt. Ferner hatte er eine REP-Parteizeitung aus einer Vitrine entwendet und zerrissen. Nach seiner Attacke gegen die Verfassungsschutz-Mitarbeiter agitierte er im Internet gegen den Verfassungsschutz und beklagte die angebliche parteipolitische Instrumentalisierung.

■ **Karlsruhe** – Kaum war das Ermittlungsverfahren gegen den stellvertretenden Leiter der ehemaligen Blood&Honour-Sektion Baden, Hartwin Kalmus, bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe eingegangen, da hatte man die Akte auch schon wieder zugemacht. Das Verfahren wurde eingestellt. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen gegen den 28-jährigen Skinhead eingeleitet und nach Karlsruhe weitergegeben, weil Kalmus im Oktober 1999 in Pfinztal-Berghausen ein Kon-

zert organisierte, bei dem auch das antisemitische Lied „Blut“ gespielt worden war. Der Organisator, so die Mannheimer Ermittler, sei mitverantwortlich für das, was bei seinen Veranstaltungen geschieht. Sogar der Blood&Honour-Aktivist Achim Pfeifer aus Ludwigshafen war in Mannheim zu eineinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt worden, weil er bei dem Konzert an der Soundanlage herumgespielt hatte. Ohne den Fall von einem Amtsgericht überprüfen zu lassen, hat die Staatsanwaltschaft Karlsruhe das Kalmus-Verfahren eingestellt, weil man ihn nicht für die Musik der Band verantwortlich machen könne.

■ **Lauenburg** – Der NPD-Bundesvorstand hat den schleswig-holsteinischen Landesvorstand suspendiert und den „organisatorischen Notstand“ verhängt. Begründet wurde die Absetzung auf dem am 23. September in Fitzen bei Lauenburg stattgefundenen NPD-Landesparteitag mit Verstößen gegen Programm und Satzung sowie der „zunehmenden Einflussnahme parteifremder und -feindlicher Kreise“. Die bisherige Führungsspitze der schleswig-holsteinischen NPD, die Neonazis Peter Borchert (Landesvorsitzender) und Jürgen Gerg (Landesgeschäftsführer), paktiert offen mit dem Aktionsbüro Norddeutschland um Christian Worch und Thomas Wulff. Borchert und Gerg sind exponierte Vertreter einer Zusammenarbeit zwischen NPD und Freien Nationalisten. Nach den Terroranschlägen gegen die USA erklärte Gerg: „Nun wird wohl auch die amerikanische Bevölkerung die Not und das Leid eines Krieges kennenlernen müssen“. Den kommissarischen Landesvorsitz hat NPD-Generalsekretär Ulrich Eigenfeld inne.

■ **Lübeck** – Der Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) hat dem städtischen Verwaltungsangestellten Dieter Kern (46), der wegen des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ vorbestraft ist, gekündigt. Als Grund nannte Saxe eine Pressemitteilung des rechtsextremistischen „Bündnis Rechts“ (BR), dem Kern, bislang Umweltschutztechniker im Lübecker Umweltamt, vorsteht. In der Pressemitteilung wurden die Terrorakte als „längst überfällige Befreiungsaktion gegen die USA“ begrüßt. Dieter Kern arbeitet eng mit den Freien Nationalisten um Christian Worch zusammen. Eines seiner politischen Ziele ist die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“.

■ **München** – Vor dem Landgericht hat am 27. September der Prozess gegen die Hauptverdächti-

gen des Überfalls auf einen griechischen Mann im vergangenen Januar in München begonnen. Drei Verdächtige, darunter der Neonazi Christoph Schulte, werden des versuchten Mordes beschuldigt. Zwei weiteren 19 und 25 Jahre alten Neonazis wird schwere Körperverletzung vorgeworfen.

■ **Neuruppin** – Mario Schulz, NPD-Kreisvorsitzender im brandenburgischen Ostprignitz-Ruppin, hat unter den Augen der Polizei in Neuruppin eine US-amerikanische Fahne verbrannt. „So sieht es aus, das Zeichen des Terrors“, rief Schulz während einer Demonstration der NPD-Tarnorganisation „Aktionsgemeinschaft für Frieden und Selbstbestimmung“. Auf dem Marsch durch die Innenstadt von Neuruppin skandierten die rund 100 Rechtsextremisten Parolen wie „Solidarität mit Palästina“ und „USA, internationale Völkermordzentrale“.

■ **Rietheim/Oberndorf** – Am 17. September fand ein dreistündiges Konzert unter freiem Himmel in Rietheim nahe der baden-württembergischen Doppelstadt Villingen-Schwenningen statt. Rund 130 Besucher der rechtsextremistischen Szene hörten „White Voice“ aus Schwenningen und zwei weiteren Bands, davon eine Kombo aus Zittau. Das Publikum reiste aus ganz Baden-Württemberg, den angrenzenden Bundesländern und der Schweiz an. Das Gelände für das Konzert wurde über mehrere Mittelsmänner bei einem unwissenden Landwirt angemietet. Drei Wochen zuvor hatte eine größere Konzertveranstaltung in Oberndorf bei Rottenburg (Kreis Tübingen) ebenfalls im Freien stattgefunden. Etwa 400 Rechtsextremisten aus Süddeutschland, der Schweiz und Österreich lauschten drei Musikgruppen, darunter „Propaganda“ aus dem nahe gelegenen Horb. Das Grundstück gehört dem 66-jährigen Getränkehändler Karl Höckh, ehemals Kandidat der Republikaner. Beide Veranstaltungen waren von der Polizei beobachtet und ein Teil der Besucher kontrolliert worden.

Ausland

■ **Österreich (Mauterndorf)** – In Mauterndorf veranstaltet die rechtsextreme österreichische Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) vom 19. bis 21. Oktober ihre 36. Politische Akademie. Als Referenten sind unter anderem Thor von Waldstein, Hans-Michael Fiedler und Sascha Roßmüller angekündigt. Weitere Referenten sind die Österreicher Herbert Fritz, Richard Melisch und Günther Rehak. Die AFP unterhält enge Kontakte zu der in Österreich nicht verbotenen

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 20-2001 / Abo 5292719000

9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Skinhead-Organisation „Blood&Honour“ und zu Neonazis wie Gottfried Küssel.

■ **Österreich (Wien)** – Die rechtsextreme Homepage in Österreich „Wiener Nachrichten Online“ (wno) hat einen Aufruf von Osama Bin Laden veröffentlicht. Der mutmaßliche Chefterrorist ruft in einem Schreiben (24. September) an das Volk von Pakistan, das von der Nachrichtenagentur „Al Jazeera“ in Kabul verbreitet wurde, zum „Kampf des Islams gegen den geplanten jüdisch-christlichen Kreuzzug in Pakistan und Afghanistan“ auf. Domaininhaber von wno ist ein „Walter Zetthofer“ in Wien. Regelmäßig berichtet wno auch über Neonaziaufmärsche in der Bundesrepublik.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.